

Richtige und falsche Demokratisierung.

Von Prof. Dr. W. J. Bonn, München.

27

Die Ablehnung des österreichischen Friedensvorschlags durch die Alliierten ist nicht ausschließlich aus sachlichen Gründen erfolgt. Stark mitgespielt hat jedenfalls der Gedanke, daß es sich wiederum um eine deutsche Friedensinitiative handle, die immer erfolge, wenn die militärische Sachlage nicht befriedigend erscheine. Wir sind nun einmal in den Ruf der politischen Zweideutigkeit gekommen, ob mit Recht oder mit Unrecht, soll hier nicht untersucht werden. Die Aufgabe der Stunde ist es, diesen Ruf zu beseitigen. Das kann nicht dadurch geschehen, daß Leute, die einen Verständigungsfrieden abgelehnt haben, solange sie optimistisch dachten, jetzt mit lauter Stimme nach einem solchen rufen und die Verantwortung für ihre Sinnesänderung überflüssigerweise der Obersten Heeresleitung zuschieben. Es nützt auch nichts, daß Politiker, die bis jetzt in der Politik nur die Autorität militärischer Stellen gelten lassen wollten, auf einmal für demokratische Gedanken eintreten. Sie setzen uns dadurch nur dem Vorwurf aus, daß wir eine falsche Demokratisierung betrieben und bestellte Arbeit machten, wie es die verschiedenen Friedensoffensiven gewesen seien. Durch ähnliche Zweideutigkeiten ist die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 ihren vollen Erfolg beraubt worden, den sie wohl erreicht hätte, wenn die Parlamentarisierung damals nicht vereitelt worden wäre und Michaelis' Austritten nicht die Unfruchtbarkeit und die Bedeutsamkeit der ganzen Aktion in Frage gestellt hätte.

Es ist daher durchaus möglich, daß heute selbst die weitgehendste Demokratisierung Deutschlands nach außen hin nicht mehr den Erfolg erzielen wird, der früher möglich war. Sie kann ihn auf jeden Fall nur erreichen, wenn sie sich als eine vom deutschen Volk getragene Bewegung vollzieht und nicht als politische Schiebung, die fürs feindliche Ausland berechnet erscheint. Ihr Ergebnis muß eine Regierung sein, die wirklich regiert und sich nicht immer von anderen Faktoren bestärken läßt, daß sie das tut und tun darf. Sie muß nicht nur bona fide parlamentarisch sein und das preussische Wahlrecht ohne Künsteleien durchsetzen, sondern sie muß der Welt zeigen, daß sie die wirkliche Reichsleitung ist und mit der von ihr vertretenen Politik steht und fällt, ganz einerlei, wer sich ihr widersetzt. Ob Graf Hertling diese Regierung bildet oder ein anderer, ist nicht das Entscheidende; entscheidend ist eine Politik, so unabweisbar, daß der Gegner nicht länger die Verhandlungsfähigkeit der Regierung anzweifeln kann. Dazu bedarf es keiner Verfassungsänderung, sondern nur der festen Uebnahme der politischen Geschäfte durch die politische Leitung unter Ausschaltung aller Hemmungen, die etwa noch vorhanden sein mögen. Männer, die nicht den Mut haben, für die eigene politische Erkenntnis einzutreten, sondern die schlechte Gewissenheit besitzen, sich hinter die Autorität der Obersten Heeresleitung zu verziehen, stärken eine solche Regierung nicht, sie laden nur ein überflüssiges Odium auf die Oberste Heeresleitung, deren Aufgaben groß genug sind. Das Vertrauen zu ihr kann man durch ruhige Zuversicht in militärischen Dingen weit besser beweisen als dadurch, daß man bei jeder Aenderung der militärischen Sachlage vor aller Welt einen Wechsel der eigenen politischen Anschauung verkündet und sie für die Zweckmäßigkeit dieses Wechsels als Kronzeugen anführt. Solange man bei rein politischen Erörterungen immer wieder die Oberste Heeresleitung in die Diskussion zieht, erleichtert man dem feindlichen Auslande die Behauptung, die Reichsregierung sei nur ein Strohmann und man muß sich darüber klar sein, daß eine solche Regierung von den Gegnern nicht als verhandlungsfähig betrachtet werden wird, ganz einerlei, wer sie bildet.

Man kann gewiß zweifeln, ob die Demokratisierung, sei sie auch noch so ehrlich, einen Frieden bringt, wie wir ihn wünschen, ob nicht unsere Gegner immer wieder neue Vorwände finden werden. Das ist aber nur für diejenigen, die die Demokratisierung Deutschlands nur als Friedensmanöver, nicht als politischen Zweck betrachten, ein Grund, sich von der Umgestaltung fern zu halten. Wer an die Notwendigkeit der Umgestaltung glaubt, kann das Risiko ruhig auf sich nehmen. Als wir den uneingeschränkten Unterseebootskrieg begannen und damit den Eintritt Amerikas in den Krieg in den Lauf nehmen mußten, sind wir ganz andere Gefahren gelaufen. Wir sollten einmal versuchen, in politischen Dingen den gleichen Mut und die gleiche Verantwortungstreue zu haben wie in militärischen. Dazu muß man, die Dinge ganz und klar machen, nicht bloß das Richtige tun und dann durch die Pressebureauks verbreiten lassen, es bleibe alles beim alten. Man wird uns die Ehrlichkeit unserer Demokratisierung nicht glauben, wenn unsere Außenpolitik dynastische Ziele zu verfolgen scheint, so wenig man an unseren Willen zum Verständigungsfrieden geglaubt hat, als wir der Regelung der Ostfragen die Form des Gewaltfriedens gegeben hatten. Klarheit bei uns kann den Frieden bringen, sie muß es nicht. Unklarheit wird ihn unmöglich machen. Kommt er trotz aller Demokratisierung nicht zustande, so ist das

schlimmste, was geschehen kann, die Neuordnung der Dinge, die längst unvermeidlich ist. Und für die Verteidigung eines derartigen neugeordneten Deutschland wird sich das deutsche Volk mit der gleichen Begeisterung einsetzen, die die Hoffnung auf die kommende neue Zeit im August 1914 ausgelöst hat.